

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Global Gateway der Europäischen Union zu einem Erfolg machen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Im Dezember 2021 hat die Europäische Kommission ihren Vorschlag „Global Gateway“ vorgelegt, der sich mit einem attraktiven Angebot an Entwicklungsländer richtet. Hintergrund der Initiative ist, dass nach Schätzungen der G 20 der weltweite Fehlbetrag bei den Infrastrukturinvestitionen bis 2040 auf 13 Bill. Euro ansteigen wird. Infrastruktur sei, so die EU-Kommission, aber nicht nur der Schlüssel für eine nachhaltige Entwicklung in der Welt, sondern auch ein wichtiger Mosaikstein bei der Bekämpfung des Klimawandels, für den Umweltschutz, der Verbesserung der globalen Gesundheitssicherheit und der Stärkung der weltweiten wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit (gemeinsame Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank „Global Gateway“, Brüssel, den 1. Dezember 2021 JOIN(2021) 30 final). Angesichts des erheblichen Finanzbedarfs im Infrastrukturbereich soll die Europäische Union Partnerländern ein Angebot zur Verfügung stellen, „wenn sie darüber entscheiden, wie sie ihre Klima-, Energie-, Verkehrs- und digitalen Infrastrukturen am besten ausbauen oder ihre Gesundheits- und Bildungssysteme stärken können“ (ebd.). Die EU soll sich mit ihrem Finanzierungsangebot von anderen Anbietern unterscheiden. So soll durch faire und günstige Bedingungen das Überschuldungsrisiko der Kreditnehmer begrenzt werden. Insgesamt sollen im Rahmen von Global Gateway zwischen 2021 und 2027 Investitionen in Höhe von bis zu 300 Mrd. Euro mobilisiert werden. Entscheidend ist, dass alle Finanzierungs- und Entwicklungsinstrumente der EU zur Verfügung stehen und sich auch die EU-Mitgliedstaaten stark engagieren. Dies umfasst auch die Einbeziehung von Finanzmitteln und Fachwissen des Privatsektors.

Wie die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU „Engagement der Bundesregierung für die Global-Gateway-Initiative der Europäischen Kommission“ (Bundestagsdrucksache 20/2876) erklärt, betrachtet die Bundesregierung die Initiative „als eine an wirtschafts-, entwicklungs-, und umweltpolitischen Zielen und Interessen der Europäischen Union ausgerichtete globale Konnektivitätsstrategie der Europäischen Union.“ Sie sei wertebasiert, diene gemeinsamen geostrategischen Interessen und leiste einen Beitrag zur Schließung der weltweiten Infrastrukturlücke. Die Bundesregierung hat angekündigt, sich in die Beratungen in Brüssel über durchzuführende Projekte aktiv einzubringen. Die Bundesregierung erklärt in der o. g. Antwort, sie befürworte grundsätzlich eine thematische und

geografische Ausgewogenheit der Initiative Global Gateway. Angesichts jüngster Entwicklungen solle neben einem Fokus auf Afrika, der Indo-Pazifik-Region und Lateinamerika nun vor allem Osteuropa und Zentralasien geografisch sowie Klima und Energie thematisch besondere Beachtung finden.

Darüber hinaus hat die G7-Gruppe während der deutschen Präsidentschaft bei ihrem Gipfel von Elmau vom 26. bis 28. Juni 2022 angekündigt, gemeinsam in den nächsten fünf Jahren bis zu 600 Mrd. USD an öffentlichen und privaten Investitionen zu mobilisieren. Die über die Initiative „Global Gateway“ zu mobilisierenden 300 Mrd. Euro sind eine Hälfte dieses Finanzvolumens. Dabei soll ein besonderer Schwerpunkt auf nachhaltiger, inklusiver, klimaresistenter und hochwertiger Infrastruktur in Schwellen- und Entwicklungsländern liegen (vgl. das Kommuniqué der G7 Staats- und Regierungschefs Elmau, den 28. Juni 2022, <https://www.g7germany.de/resource/blob/974430/2059932/10a1cf2421ccdcdd442648a1e64d7ed8/kommuniqu%C3%A9-g7-arbeitsuebersetzung-data.pdf?download=1>). Diese sogenannte Partnerschaft für globale Infrastruktur und Investitionen (Partnership for Global Infrastructure and Investment – PGII) soll die Investitionslücke bei Infrastruktur in Schwellen- und Entwicklungsländern verringern. Dabei soll die Zusammenarbeit partnerschaftlich auf der Grundlage demokratischer Werte und hoher Standards erfolgen.

Gleichzeitig ist Global Gateway ein wichtiges Angebot der Europäischen Union im globalen Systemwettbewerb, das Partnerländern die Vorteile einer engeren Kooperation mit liberalen Demokratien aufzeigen soll. Damit dieses Angebot ernstgenommen wird, müssen wir unseren Ankündigungen zeitnah in konkrete Projekte ummünzen und diese aktiv und strategisch in die Partnerländer kommunizieren.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf,
 1. die Initiative Global Gateway der Europäischen Kommission und die Partnerschaft für globale Infrastruktur und Investitionen nicht nur verbal zu unterstützen, sondern baldmöglichst die Finanzierung konkreter Projekte in diese Initiative einzubringen und den Deutschen Bundestag zeitnah über die eingebrachten Projekte zu informieren;
 2. bereits frühzeitig aktiv darauf hinzuwirken, dass Global Gateway und die Partnerschaft für globale Infrastruktur und Investition eng verzahnt arbeiten. Hierfür muss die Bundesregierung aktiv an der Erarbeitung der geplanten Plattform für nachhaltige Infrastrukturprojekte mitarbeiten und die Bereitschaft zur Kooperation in konkreten Projekten zeigen;
 3. im Rahmen von Global Gateway neue Handelsabkommen mit anderen Wirtschaftsräumen zu forcieren, die zügig ausgehandelt und ratifiziert werden können;
 4. auf EU-Ebene darauf hinzuwirken, dass eine finanzkräftige technologiebasierte Säule im Rahmen der Initiative Global Gateway entsteht. Die technologische Basis für diversifizierte internationale Energiepartnerschaften gilt es zu identifizieren und durch konkrete Technologievorhaben zu unterstützen, etwa mittels Technologien für Solarparks in sonnenreichen Regionen und Umwandlung des Stroms in Ammoniak, Methanol oder eFuels sowie auch die Technologie für entsprechende Infrastrukturen zum Transport nach Deutschland (primär Schiffe). Internationale Kooperationen im Bereich Forschung und Entwicklung sind entsprechend auszubauen;
 5. dafür einzutreten, dass die Global-Gateway-Initiative auch eng mit handelspolitischen Initiativen der Europäischen Union sowohl im Interesse einer nachhaltigen Entwicklung in den Partnerländern wie auch der Europäischen Union verknüpft wird;

6. sicherzustellen, dass Global Gateway vor dem Hintergrund der zunehmenden globalen systemischen Konkurrenz strategisch und zielgerichtet genutzt wird, um Partnerländern die Vorteile einer engeren Kooperation mit liberalen Demokratien aufzuzeigen;
7. darauf hinzuwirken, dass geostrategische Überlegungen bei der Verteilung der Projekte eine wichtige Rolle spielen und deshalb frühzeitig das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK) und der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) der EU in die Projektauswahl miteinzubeziehen;
8. gezielt den Dialog mit den Partnerländern der Entwicklungszusammenarbeit über die Umsetzung von Global Gateway zu suchen und dabei herauszustellen, dass diese Initiative sich partnerschaftlich an gemeinsamen Werten und der nachhaltigen Entwicklung im Partnerland orientiert;
9. insbesondere bei Großprojekten, bei denen weder Deutschland noch die Europäische Union allein über die Finanzkraft verfügen, um eine notwendige Finanzierung sicherzustellen, eine enge Abstimmung mit den transatlantischen Partnern wie auch multilateralen Finanzierungsinstitutionen anzustreben;
10. zur Stärkung der regionalen Integration zwischen Entwicklungsländern und zur Nutzung von Synergieeffekten z. B. bei der Energieerzeugung oder der Verkehrsinfrastruktur, auch systematisch grenzüberschreitende Vorhaben einzuplanen und diese durch einen politischen Dialog zwischen den beteiligten Ländern zu flankieren;
11. die durch Global Gateway geförderten Projekte deshalb mit einer aktiven und umfangreichen Medienstrategie und Öffentlichkeitsarbeit gerade in den Partnerländern zu begleiten, um den Mehrwert des Programms für Entscheidungsträger sowie die breitere Bevölkerung klar darzustellen;
12. gezielt auf öffentlichkeitswirksame und entwicklungswichtige Leuchtturmprojekte zu setzen, die es Menschen in den Partnerländern erlauben, Global Gateway mit konkreten Vorhaben zu verbinden;
13. dem Deutschen Bundestag alle zwei Jahre über die Kooperation im Rahmen von Global Gateway und der Partnerschaft für globale Infrastruktur und Investitionen zu berichten;
14. die Instrumente der Außenwirtschaft und der Entwicklungszusammenarbeit mit der Wirtschaft zu nutzen und zu stärken, um eine optimale Einbindung der Privatwirtschaft in Global Gateway und die Partnerschaft für globale Infrastruktur und Investitionen zu erreichen. Hierbei sollte die Bundesregierung einerseits proaktiv agieren und nicht nur auf Angebote der Wirtschaft reagieren, andererseits zugleich sicherstellen, dass die zur Verfügung stehenden Mittel nicht nur für staatlich initiierte Projekte, sondern auch zur Erleichterung der Finanzierung und Absicherung von privatwirtschaftlich entwickelten Vorhaben genutzt werden;
15. gemeinsam mit der Europäischen Kommission konkrete Vorschläge zu erarbeiten, wie hohe Investitionsrisiken für privatwirtschaftliche Investoren abgemildert werden können und im Dialog mit Wirtschaftsverbänden und Unternehmen strategisch relevante Investitionsfelder auszumachen;
16. darauf hinzuwirken, dass Projektausschreibungen im Rahmen von Global Gateway derart ausgestaltet sind, dass sich auch mittelständische Unternehmen aussichtsreich beteiligen können und bürokratische Hürden im Projektbewerbungsverfahren für diese Unternehmen zu bewältigen sind;
17. darauf hinzuwirken, dass über Global Gateway bereitgestellte Gelder nicht an russische oder chinesische Staatsunternehmen oder anderweitig durch diese Regierungen subventionierte und/oder gelenkte Firmen gehen;

18. darauf hinzuwirken, dass Global Gateway auch dazu genutzt wird, Infrastruktur zum Aufbau nachhaltiger und resilienter Lieferketten für Rohstoffe zu entwickeln;
19. es der KfW Entwicklungsbank, der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH sowie der Tochtergesellschaft der KfW, der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (DEG), zu ermöglichen, sich aktiv in die Initiative Global Gateway und die Partnerschaft für globale Infrastruktur und Investitionen einzubringen und somit dazu beizutragen, die auch an den wirtschafts-, entwicklungs- und umweltpolitischen Zielen und Interessen der Europäischen Union und der G7 ausgerichtete globale Konnektivitätsstrategie mit konkreten Projekten zu unterlegen.

Berlin, den 13. Dezember 2022

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion